## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIV
I Einleitung	1
1 Ziel der Untersuchung	1
2 Gang der Untersuchung	1
II Internationale Bemühungen um die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung	2
III Das NSM in Deutschland	4
1 Das bisherige Verwaltungsmodell in Deutschland	4
1.1 Das Modell klassischer Bürokratie	5
1.2 Neuere Ansätze in der deutschen öffentlichen Verwaltung	7
2 Ursachen der Entstehung des NSM in Deutschland	9
2.1 Haushaltskrise	9
2.2 Bürgerunzufriedenheit	11
2.3 Arbeitslosigkeit	11
3 Hintergrund der Entstehung des NSM in Deutschland	11
4 Die wesentlichen Elemente des NSM	15
4.1 Dezentralisierung und AKV-Prinzip	15
4.2 Kontraktmanagement	17
4.2.1 Zielvereinbarung	17
4.2.2 Produktwesen	19
4.2.2.1 Allgemeine Beschreibung	19
4.2.2.2 Produktbeschreibung	21
4.2.2.3 Output und Outcome	21
4.2.2.4 Die Bedeutung des Produktwesens im NSM	22
4.2.3 Controlling	22
4.2.3.1 Begriff und allgemeine Beschreibung	22
4.2.3.2 Das strategische und das operative Controlling	23

4.2.3.3 Die Bedeutung des Controlling im NSM
4.2.3.4 Berichtswesen und Kosten- und Leistungsrechnung
4.2.3.4.1 Berichtswesen
4.2.3.4.2 Kosten- und Leistungsrechnung
1) Kostenrechnung
2) Leistungsrechnung
3) Die Funktion und Bedeutung der Kosten- und Leistungsrechnung26
4.3 Outputorientierte Budgetierung
4.3.1 Haushaltsaufstellung
4.3.1.1 Das herkömmliche Verfahren
4.3.1.2 Das Verfahren im NSM
4.3.1.2.1 Das Verfahren im Allgemeinen
4.3.1.2.2 Outputorientierung
4.3.2 Haushaltsvollzug
4.3.2.1 Sachliche Flexibilisierung
4.3.2.1.1 Echte Deckungsfähigkeit
4.3.2.1.2 Unechte Deckungsfähigkeit
4.3.2.2 Zeitliche Flexibilisierung
4.3.2.3 Ziel der Flexibilisierung beim Haushaltsvollzug
4.3.3 Haushaltskontrolle
4.3.3.1 Das herkömmliche Verfahren
4.3.3.2 Das Verfahren im NSM
4.3.3.2.1 Das Verfahren im Allgemeinen
4.3.3.2.2 Bürger- bzw. Kundenorientierung
4.3.4 Effizienz- und Effektivitätssteigerung
4.4 Einführung von Wettbewerb
4.4.1 Faktischer Wettbewerb und virtueller Wettbewerb
4.4.2 Interner und externer Wettbewerb
4.4.3 Zusammenwirken der einzelnen neuen Instrumente und das Ziel des
Wetthewerhs 38

4.5 Zusammenfassung
5 Probleme des NSM in Deutschland
5.1 Funktionale Probleme des NSM in Deutschland
5.1.1 Dezentralisierung und AKV-Prinzip
5.1.2 Kontraktmanagement
5.1.2.1 Probleme der Zielvereinbarung
5.1.2.2 Probleme des Produktwesens
5.1.2.3 Probleme des Controllings
5.1.3 Outputorientierte Budgetierung
5.1.3.1 Probleme bei der Haushaltsaufstellung4
5.1.3.2 Probleme beim Haushaltsvollzug4
5.1.3.3 Probleme der Output- und Kundenorientierung4
5.1.4 Wettbewerb4
5.1.5 Zusammenfassung5
5.2 Verfassungsrechtliche Bedenken des NSM in Deutschland
5.2.1 Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit des NSM mit dem Demokratieprinzi
5.2.1 Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit des NSM mit dem Demokratieprinzi im GG
•
im GG5
im GG

IV
c. Personell-organisatorische Legitimation
d. Sachlich-inhaltliche Legitimation61
a.a Gesetzesbindung62
b.b Parlamentarische Kontrolle einschließlich
verwaltungsinterner Detailsteuerung63
a.a.a Weisung65
b.b.b Verwaltungsvorschriften65
c.c.c Rechtsverordnungen65
d.d.d Rechtsaufsicht66
2) Die Idealvorstellung des demokratischen Legitimationsmodells der
öffentlichen Verwaltung
5.2.1.1.4 Zusammenfassung
5.2.1.2 Nichterreichbarkeit des hinreichenden Legitimationsniveaus70
5.2.1.2.1 Personell-organisatorische Legitimation71
5.2.1.2.2 Sachlich-inhaltliche Legitimation
1) Parlamentsgesetzliche Steuerung
a. Probleme der Gesetzgebung
b. Grenzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit73
c. Natürliche Schwächen der Gesetze als solche74
d. Zusammenfassung
2) Parlamentarische Kontrolle und Detailsteuerung innerhalb der
Verwaltung76
a. Parlamentarische Kontrolle
b. Detailsteuerung innerhalb der Verwaltung76
5.2.1.2.3 Kollisionen mit dem Bundesstaatsprinzip, der Verfassungsgarantie
der kommunalen und funktionalen Selbstverwaltung?
1) Länderverwaltung
a. Personell-organisatorische Legitimation
b. Sachlich-inhaltliche Legitimation
2) Kommunale Selbstverwaltung80

a. Personell-organisatorische Legitimation
b. Sachlich-inhaltliche Legitimation80
3) Funktionale Selbstverwaltung81
a. Personell-organisatorische Legitimation
b. Sachlich-inhaltliche Legitimation
4) Zusammenfassung82
5.2.1.2.4 Zwischenergebnis
5.2.1.3 Legitimation durch Verfahren
5.2.1.3.1 Die Instrumente der Legitimation durch Verfahren84
1) Partizipation85
2) Transparenz87
5.2.1.3.2 Grenzen der Legitimation durch Verfahren bei den höheren
Behörden?88
5.2.1.3.3 Eine eigenständige demokratische Legitimationsform?
5.2.1.3.4 Legitimatorische Wirkung aus juristischer Sicht
5.2.1.3.5 Verhältnis zu den demokratischen Legitimationsformen91
1) Unersetzbarkeit der Gesetzesbindung91
2) Vorrang der Detailsteuerung93
3) Zusammenfassung94
5.2.1.4 Absenkung des Legitimationsniveaus der Verwaltungsentscheidungen
durch die Implementierung des NSM in die deutsche öffentliche Verwaltung 94
5.2.1.4.1 Die Macht- und Verantwortungsverteilung zwischen
Volksvertretung und Verwaltung
1) Beeinträchtigung der legitimatorischen Qualität von
Verwaltungsentscheidungen durch die sogenannte Kunden- bzw.
Bürgerorientierung94
2) Beeinträchtigung der legitimatorischen Qualität von
Verwaltungsentscheidungen durch die Anstrebung der
Effizienzsteigerung95
3) Zusammenfassung

5.2.1.4.2 Die Macht- und Verantwortungsverteilung innerhalb der
Verwaltung96
5.2.1.4.3 Zwischenergebnis
5.2.1.5 Kompensation durch andere Instrumente des NSM?
5.2.1.5.1 Kompensation durch Controlling und Berichtswesen?98
5.2.1.5.2 Kompensation durch Output-Steuerung?
5.2.1.5.3 Kompensation durch Kundenorientierung?
5.2.1.5.4 Zwischenergebnis 100
5.2.1.6 Wirtschaftlichkeitsprinzip als kollidierendes verfassungsprinzip? 100
5.2.1.6.1 Begriff der Wirtschaftlichkeit und verfassungsrechtliche
Verankerung des Wirtschaftlichkeitsgebots
5.2.1.6.2 Rechtfertigungsmöglichkeit
5.2.1.6.3 Zusammenfassung
5.2.1.7 Zwischenergebnis
5.2.2 Das NSM und die legitimatorischen Funktionen des Haushaltsrechts104
5.2.2.1 Geschichtliche Betrachtung und Untersuchungsrelevanz
5.2.2.2 Die parlamentarische Steuerung durch das Haushaltsrecht nach dem GG
5.2.2.2.1 Der Haushaltsplan und das Haushaltsgesetz
1) Der Haushaltsplan
2) Das Haushaltsgesetz
5.2.2.2.2 Die Haushaltskontrolle
1) Haushaltskontrolle durch das Parlament
2) Finanzkontrolle durch die Rechnungsbehörde
a. Geschichte und Bedeutung der Rechnungsprüfung in
Deutschland107
b. Inhalt, Maßstäbe und Umfang der Rechnungsprüfung in
Deutschland
5.2.2.3 Die Funktionen des Haushaltes in Deutschland
1) Finanzwirtschaftliche Ordnungsfunktion109

2) Politische Programmfunktion	109
3) Wirtschaftspolitische Funktion	110
4) Kontrollfunktion des Haushaltsplans	110
5) Legitimationsfunktion	110
5.2.2.4 Haushaltsgrundsätze	111
1) Bepackungsverbot	112
2) Vollständigkeit des Haushaltes	113
3) Einheit des Haushaltes	113
4) Bruttoprinzip	114
5) Spezialität	114
a. Sachliche Spezialität	115
b. Zeitliche Spezialität	116
c. Zwischenergebnis	116
6) Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit	117
7) Haushaltsausgleich	117
8) Grundsatz der Vorherigkeit	118
9) Jährlichkeit (Periodizität)	118
10) Fälligkeitsprinzip	119
11) Gesamtdeckung	119
12) Öffentlichkeit	119
13) Wirtschaftlichkeit	120
14) Zusammenfassung	120
5.2.2.3 Vereinbarkeit des NSM mit den Haushaltsgrundsät	zen mit
legitimatorischer Funktion	120
5.2.2.3.1 Bepackungsverbot	121
5.2.2.3.2 Vollständigkeits- und Bruttoprinzip	122
5.2.2.3.3 Einheit des Haushalts	122
5.2.2.3.4 Spezialität	123
1) Sachliche Spezialität	123
2) Zeitliche Spezialität	123

3) Kombination von gegenseitiger Deckungsfähigkeit un	nd
Übertragbarkeit12	23
4) Zwischenergebnis	25
5.2.2.3.5 Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit	25
5.2.2.3.6 Jährlichkeit	25
5.2.2.3.7 Zusammenfassung	25
5.2.3 Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit des NSM mit dem Rechtsstaatsprinz	zip
im Sinne des GG.	25
5.2.3.1 Gesetzmäßigkeit der öffentlichen Verwaltung	26
5.2.3.1.1 Vorrang des Gesetzes	27
5.2.3.1.2 Vorbehalt des Gesetzes	28
5.2.3.2 Gewaltenteilung	29
5.2.3.2.1 Allgemeine Darstellung der Gewaltenteilung	29
5.2.3.2.2 Beeinträchtigung der Gewaltenteilung durch die Implementierung	ng
des NSM	30
5.2.3.3 Zusammenfassung	30
6 Endergebnis des dritten Teils	30
IV Das NSM in China	
1 Überblick über die Modernisierungsgeschichte der chinesischen öffentlichen Verwaltung se	
1949	31
0.D " ' 1' ' 1 37 1/ 1.11	
2 Das gegenwärtige chinesische Verwaltungsmodell	
2 Das gegenwartige chinesische Verwaltungsmodell	33
	33 34
3 Die gegenwärtigen wesentlichen Gründe für eine Verwaltungsreform	33 34 35
3 Die gegenwärtigen wesentlichen Gründe für eine Verwaltungsreform	<ul><li>33</li><li>34</li><li>35</li><li>35</li></ul>
3 Die gegenwärtigen wesentlichen Gründe für eine Verwaltungsreform	<ul><li>33</li><li>34</li><li>35</li><li>35</li><li>35</li></ul>
3 Die gegenwärtigen wesentlichen Gründe für eine Verwaltungsreform	333 334 335 335 en
3 Die gegenwärtigen wesentlichen Gründe für eine Verwaltungsreform	333 334 335 335 en 336
3 Die gegenwärtigen wesentlichen Gründe für eine Verwaltungsreform	333 334 335 335 en 336

	3.5 Zusammenfassung
1	Implementierung des NSM in China? (aus verwaltungswissenschaftlicher und
/e1	fassungsrechtlicher Perspektive)
	4.1 Ziele der Verwaltungsreform in China
	4.2 Diskussionen über das NPM in der chinesischen Literatur
	4.3 Übertragbarkeit des NSM auf die chinesische Staatsverwaltung aus
	verwaltungswissenschaftlicher Perspektive
	4.3.1 Kontraktmanagement
	4.3.2 Output- und Kundenorientierung
	4.3.3 Wettbewerb
	4.3.4 Zusammenfassung
	4.4 Transformationsprobleme des NSM in China
	4.5 Verfassungsrechtliche Bedenken des NSM in China
	4.5.1 Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit des NSM mit dem Volkskongresssystem
	im Sinne der CV
	4.5.1.1 Geschichte des Volkskongresssystems
	4.5.1.2 Das demokratische Legitimationsmodell der chinesischen öffentlichen
	Verwaltung nach der CV
	4.5.1.2.1 Das Legitimationsobjekt
	4.5.1.2.2 Das Legitimationssubjekt
	1) Volkskreis151
	2) Betroffene als Volk?
	4.5.1.2.3 Die Idealvorstellung des Legitimationsmodells der chinesischer
	öffentlichen Verwaltung152
	4.5.1.3 Die demokratische Legitimation von Verwaltungshandeln auf nationaler
	Ebene
	4.5.1.3.1 Funktionell-institutionelle Legitimation
	4.5.1.3.2 Personell-organisatorische Legitimation
	1) Wahl der Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses
	2) Personell-organisatorische Legitimation des Ständigen Ausschusses

des Nationalen Volkskongresses
3) Personell-organisatorische Legitimation des Staatsrates
4) Personell-organisatorische Legitimation der Amtswalter innerhalb der
Verwaltungen
4.5.1.3.3 Sachlich-inhaltliche Legitimation
1) Gesetzesbindung
a. Vorrang des Gesetzes
a.a Verfassungsrechtliche Verankerung
b.b Gesetzgebung
c.c Auslegung des Gesetzes
d.d Verwaltungsgerichtsbarkeit
a.a.a Keine Gewährleistung von Unabhängigkeit der Richter
und Staatsanwälte163
b.b.b Einfachrechtliche Eingrenzungen von Befugnissen der
gerichtlichen Prüfung163
e.e Zusammenfassung165
b.Vorbehalt des Gesetzes
a.a Verfassungsrechtliche Verankerung
b.b Einfachrechtliche Regelungen
c.c Vier Stufen der Regelungsmaterien168
2) Entscheidungsmacht für bedeutsame Staatsangelegenheiten169
3) Die parlamentarische Kontrolle der Exekutive169
a. Die Kontrolle der Exekutive durch den Nationalen Volkskongress
sowie dessen Ständigen Ausschuss
b. Detailsteuerung innerhalb der Exekutive171
a.a Verfassungsrechtliche Verankerung
b.b Einfachrechtliche Regelungen
b.b Einfachrechtliche Regelungen

b. Die Verantwortlichkeit der Exekutive gegenüber dem Nationaler
Volkskongress
a.a Die Kontrolle der Exekutive durch den Nationaler
Volkskongress sowie dessen Ständigen Ausschuss
b.b Detailsteuerung innerhalb der Exekutive
c. Zusammenfassung175
4.5.1.3.4 Zwischenergebnis
4.5.1.4 Demokratische Legitimation von Verwaltungshandeln auf verschiedener
lokalen Ebenen
4.5.1.4.1 Die Grundeigenschaft der lokalen Volkskongresse
4.5.1.4.2 Das Prinzip des Demokratischen Zentralismus
4.5.1.4.3 Die drei Legitimationsformen
1) Funktionell-institutionelle Legitimation
2) Personell-organisatorische Legitimation
3) Sachlich-inhaltliche Legitimation
a. Verfassungsrechtliche Perspektive
b. Empirische Perspektive
4.5.1.4.4 Zwischenergebnis
4.5.1.5 Die Organe der Selbstverwaltung der Regionen mit nationaler Autonomie
4.5.1.6 Die selbständigen öffentlichen Institutionen und die gesellschaftlicher
Organisationen
4.5.1.6.1 Selbständige öffentliche Institutionen
4.5.1.6.2 Gesellschaftliche Organisationen
4.5.1.6.3 Die Legitimation der selbständigen öffentlichen Institutionen und
gesellschaftlichen Organisationen
1) Funktionell-institutionelle Legitimation
2) Personell-organisatorische Legitimation
3) Sachlich-inhaltliche Legitimation
4.5.1.6.4 Zusammenfassung

4.5.1.7 Zwischenergebnis
4.5.1.8 Legitimation durch Verfahren
4.5.1.9 Vereinbarkeit des NSM mit dem Volkskongresssystem im Sinne von Art. 2
CV187
4.5.1.9.1 Personell-organisatorische Legitimation
4.5.1.9.2 Sachlich-inhaltliche Legitimation
1) Die Macht- und Verantwortungsverteilung zwischen Volksvertretung
und Verwaltung188
2) Die Macht- und Verantwortungsverteilung innerhalb der Verwaltung
189
3) Zwischenergebnis
4.5.1.9.3 Wirtschaftlichkeitsprinzip als kollidierendes verfassungsprinzip?189
4.5.1.9.4 Zwischenergebnis
4.5.2 Das NSM und die legitimatorischen Funktionen des chinesischer
Haushaltsrechts
4.5.2.1 Die verfassungsrechtliche Verankerung des chinesischen Haushaltsrechts
191
4.5.2.2 Die Funktionen des Haushaltsrechts in China
4.5.2.2.1 Planungs- und Kontrollfunktion des Haushaltsrechts
4.5.2.2.2 Legitimationsfunktion
4.5.2.3 Haushaltskreislauf
4.5.2.3.1 Die Haushaltsaufstellung
4.5.2.3.2 Haushaltskontrolle
1) Kontrolle durch die Volksvertretung
2) Kontrolle durch die Rechnungsbehörde
a. Unabhängigkeit der Rechnungsbehörde?
b. Inhalt und Maßstäbe der Rechnungsprüfung in China197
c. Umfang der Rechnungsprüfung in China
4.5.2.4 Die Haushaltsgrundsätze in China
4.5.2.4.1 Die im Haushaltsgesetz der V.R. China verankerter

Haushaltsgrundsätze199
1) Grundsatz der Vollständigkeit
2) Bruttoprinzip
3) Grundsatz der Haushaltswahrheit und –genauigkeit200
4) Grundsatz des Haushaltsausgleichs
5) Grundsatz der Vorherigkeit201
6) Grundsatz der Jährlichkeit
7) Grundsatz der Wirtschaftlichkeit
8) Grundsatz der doppelten Buchführung
9) Grundsatz der Übertragbarkeit204
10) Grundsatz der Verfahrenseinheit
4.5.2.4.2 Die Haushaltsgrundsätze außerhalb des Haushaltsgesetzes der V.R.
China
4.5.2.4.3 Zusammenfassung
4.5.2.5 Vereinbarkeit des NSM mit dem legitimatorisch relevanten Haushaltsrecht
in China
4.5.2.6 Zusammenfassung
4.5.3 Vereinbarkeit des NSM mit dem Sozialistischen Rechtsstaatsprinzip im Sinne
von Art. 5 CV
4.5.3.1 Inhalt des Sozialistischen Rechtsstaatsprinzips im Sinne von Art. 5 CV 208
4.5.3.1.1 Interpretation nach dem Bericht zum 15. Parteitag?
4.5.3.1.2 Interpretation in Anlehnung an den rechtsstaatlichen Elementen
westlicher Länder sowie an Art. 5 I—V CV
4.5.3.2 Die verfassungsrechtlichen Bedenken des NSM hinsichtlich des
Rechtstaatsprinzips im Sinne der CV
5 Endergebnis des vierten Teils
V Zusammenfassung in Thesen211
Literaturverzeichnis